

Betrifft Gymnasium

Das Info für niedersächsische Gymnasien



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen / Fachgruppe Gymnasien

Berliner Allee 16 · 30175 Hannover
Telefon: 05 11 / 33 80 4-0

www.gew-nds.de

September
2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den großen Ferien, noch direkt im Sommerloch, erschienen die Abiturnoten 2005 im Ländervergleich der Bundesländer und die NP-Hannover titelte: „Bitter für Niedersachsen – Wir haben die schlechtesten Abiturnoten“. Es lohnte nicht, die Kommentare in den Zeitungen zu lesen, sie spiegelten eh nur die schon bekannten Positionen, ohne dass genauer Materialien und Kontexte recherchiert wurden. Um 0,42 Punkte lag Niedersachsens Durchschnittsnote unter der des besten Bundeslandes, um 0,22 Punkte unter dem Länderdurchschnitt. Lasst uns also nächstes Jahr vorsorglich nur ein ganz bisschen besser zensieren und schon liegen wir an der Spitze!

Das neue Schuljahr hat begonnen. Es wird ein interessantes Schuljahr werden, vor uns stehen Landtagswahlen und auch Personalratswahlen. Die Ergebnisse von Personalratswahlen sind nicht nur ein Indikator dafür, wer Interessen gut vertritt, sondern sie zeigen auch an, welchen schulpolitischen Kurs Lehrerinnen und Lehrer wollen. Dass die GEW die sogenannte begabungsgerechte Schule, sprich strikte Vielgliedrigkeit des Systems, ablehnt, muss hier nicht wiederholt werden. Der Betonkurs in Niedersachsen ist ja umso erstaunlicher, als sich viele CDU-regierte Bundesländer bereits ebenfalls von diesem Konzept gelöst haben. In Niedersachsen muss völlig neu überlegt werden. Die Kopie baden-württembergischer Strukturen kann hier im Norden nicht die Antwort

auf die Misere sein. Sowohl Organisationsstrukturen von Schule wie auch die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Lernkulturen sind evident, wobei Reformen Grenzen der Belastungsmöglichkeiten von Lehrerinnen und Lehrern immer im Blick haben müssen.

Mit vielen guten Vorsätzen sind Lehrerinnen und Lehrer sicher ins neue Schuljahr gestartet. Und so wichtig es ist, für alle Schüler/innen da sein und die Aufgaben perfekt lösen zu wollen: Lehrer/innen wissen, dass sie gleichzeitig den Stressbogen nicht überspannen dürfen, damit sie ihre Körper und Seelen nicht überfordern und gesund bleiben. Da die Arbeit von Lehrer/innen eigentlich zu keinem Zeitpunkt fertig ist und unendlich optimiert werden kann, müssen sie selbst die Grenzen bestimmen, die Grenzen, die sie einerseits vor dem völligen Ausgepowertsein schützen und die andererseits die Schule nicht zur Lernfabrik verkümmern lassen, sondern sie mit Menschlichkeit und Leben erfüllen. Diese Grenzziehungen werden je nach Typ, Alter und Lebenssituation unterschiedlich ausfallen müssen. Es bleibt zu hoffen, dass veränderte politische Konstellationen in Niedersachsen künftig die Belastungssituation von Lehrern/innen in ihren schulpolitischen Konzepten berücksichtigen werden. Die Fachgruppe Gymnasium der GEW wird weiter für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

wf

Das ist der Rhythmus, wo jeder mit muss oder

Warum gegenwärtige Schulpolitik kein Lob verdient

Eine finnische Lehrerin berichtet über ihre Erfahrungen, in Deutschland (Berlin) zu unterrichten. Zu Beginn sei sie geschockt gewesen: Sie hatte das Gefühl in ihren ersten Wochen, dass Schüler¹ sie ablehnten, sie hätten sich so sehr gegen ihren Unterricht gewehrt. Im Laufe der Zeit habe sie dann begriffen, dass deutsche Schüler keineswegs böse seien, sie durchaus mochten, dass diese aber anders „drauf“ seien als die finnischen. Das bedeute, dass finnische Schüler grundsätzlich lernbereit in den Unterricht kämen und den Lehrer als Person und Wissensvermittler achteten. In Deutschland brauche es viel Zeit, Schüler zu bewegen, sich zugewandt gegenüber Lehrern zu verhalten und sich auf das Lernen einzulassen. Sei aber erst einmal eine positive Beziehung zu Schülern hergestellt und wäre die Bereitschaft, zu fordern, aber auch viel zu diskutieren und in Frage zu stellen, erkennbar, gelänge zufriedenstellender Unterricht durchaus. Sie habe lernen müssen, sich auf deutsche Schüler einzustellen, und sie sei jetzt recht zufrieden, wengleich Unterricht sowohl in der Durchführung wie auch in der Vorbereitung wesentlich mehr Kraft und Zeit koste, als dies in Finnland der Fall sei. Sie kehre nach 1½ Jahren nicht ungern nach Finnland zurück.

Nun kann man über deutsche Schülermentalitäten endlos lamentieren und schimpfen, das wird diese nicht verändern. Sozialpsychologisch komplexe Ableitungsversuche von Schülerverhalten könnten zum Finden von Lösungsstrategien beitragen, monokausale Zurückführungen, z. B. auf problematische Familien und Lebensformen, das Medienangebot oder gar die Folgen der „68er“-Bewegung (Frau Schavan), verbieten sich von selbst. Lehrer leiden aber nun einmal darunter, dass sie im Grunde genommen mit hohem Kraftaufwand in jeder Einzelstunde erst einmal die Situation herstellen müssen, dass das Lernen losgehen kann, und dass im Verlauf einer Stunde jederzeit die positive Lernsituation umzukippen droht; dass Hausaufgaben² aufgeben noch lange nicht heißt, dass diese auch gemacht werden. Somit werden Lehrer ununterbrochen in ihrer Würde beschädigt, und die Reihe der „Verletzungen“, die Lehrer täglich erfahren, ist hier lediglich angedeutet.

Angesichts dieser Realität wünschen Lehrer kleine Klassen und Verfügungsstunden in jeder Klasse; sie wünschen Stoffreduktion, um gelassen arbeiten zu können. Sie wünschen nicht hetzen zu müssen (weder durch den Lehrstoff noch durch die Gebäude und zu den Nebenstellen), um Zeit für Schüler zu haben und Beziehungen aufbauen zu können. Sie wünschen „Störer“ für eine gewisse Zeit „abgeben“ zu können³. Sie wünschen wirkliche Beratung⁴ und Unterstützung für Problemschüler von ausgebildeten Fachleuten.⁵ Angesichts der permanenten Überforderungssituation wünschen Lehrer selbstverständlich Entlastung. Zu erwarten ist, dass zumindest Schulleitungen, Kultusbürokratie und Politiker ihre Wünsche ernst nehmen und ihre harte Arbeit grundsätzlich wertschätzen, wenn dies andere schon nicht tun.

Was müssen nun Lehrer besonders seit PISA erleben? Allenthalben schulpolitischen Aktionismus, u. a. wird verlangt: Schulprogramme und Leitbilder formulieren, Qualitätsprogramme erstellen, Schulentwicklung betreiben, Neue Medien implementieren, D-Zug-Klassen einrichten, Immigrationskinder integrieren, Gewaltprävention aufbauen, Streitschlichterprogramme auflegen, besonders Mädchen fördern und neuerdings auch Jungen, individuelle Lernfähigkeiten berücksichtigen⁶ und ausgefeilt binnendifferenziert arbeiten bei gleichzeitiger Einführung zentraler Abiturprüfungen, ökologisches und ganzheitliches Lernen forcieren, Gesundheit fördern, neue Formen der Elternarbeit und der Organisation von Schule einführen.⁷ Dieses permanente uneinlösbare Reformkarussell wirkt sich sehr belastend für die Lehrer aus, da einerseits in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, dass Lehrer nicht auf der Höhe der Zeit und reformunwillig und reformunfähig seien. Andererseits führt dies auf der Lehrerseite zu einem Entwertungs- und Ohnmachtsgefühl, zumal das Alltagsgeschäft eigentlich schon alle Kräfte bindet.⁸ Überhaupt noch schulisches Leben – Theater, Musik, Feste, AGs, Ausflüge usw. – aufrechtzuerhalten, wenn Schule nicht zur seelenlosen Lernfabrik verkümmern soll, gelingt nur, wenn idealistische Lehrer immer wieder ihre letzten Kräfte mobilisieren.

Vorschnell wird nun zusätzlich Verantwortung in die Schulen hineinverlagert⁹, was gewissermaßen ressourcenneutral und aus dem „Nichts“ notwendige Innovationen erbringen soll.¹⁰ Und so bindet einerseits die Output-Strategie in ihrer Umsetzung immer mehr Kräfte, während sich andererseits im Schulalltag zunehmend weiter ein lern-, lebens- und gesundheitsfeindlicher Rhythmus, in dem jeder mitmuss, einstachelt. Und welcher Lehrer kann schon nach Finnland zurückkehren?

Werner Fink

¹ Bezeichnungen wie Lehrer, Schüler, Wissenschaftler... sind als „Gruppen-/Berufsbezeichnungen“ gedacht und nicht als geschlechtsspezifische Zuweisungen.

² Die mangelnde Bereitschaft, Hausaufgaben anzufertigen, ist gerade auch am Gymnasium ein Alltagsproblem, auf das offensichtlich niemand eine zufriedenstellende Antwort weiß. Gängige Strategien der Kontrolle und Sanktionierung greifen kaum. An diesem Beispiel wird auch deutlich, in welche Richtung Unterstützungssysteme ihre Inhalte und Konzeptionen entwickeln müssten: Einer Orientierung an den Alltagsproblemen!

³ Schüler werden damit nicht aus der Lerngruppe/Klasse verbannt. Speziell Fortgebildete kümmern sich um die Abgegebenen, setzen den Lehrstoff fort, bearbeiten die Konflikte und motivieren.

⁴ Dass für 12.000 Schüler in Deutschland ein Schulpsychologe zur Verfügung steht, ist schlichtweg ein Skandal. Dass die Stundenzahl der Beratungslehrer von 5 auf 3 gekürzt ist, ebenso.

⁵ In BG ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass viele Lehrer auch bessere Rahmenbedingungen wünschen, die dazu führen, dass „teaching to the test“ durch die Befähigung zum nachhaltigeren und selbstorganisierteren Lernen ersetzt werden kann. Indem der Lehrer mehr zum Coach wird, könnte auch eine neue positive Beziehungsqualität zwischen Lehrern und Schülern entstehen, die bekanntlich die Basis für motivierenden Unterricht darstellt.

⁶ Der Zwang, Lernentwicklungsberichte für jeden Schüler führen zu müssen, widerspricht nicht nur dem Gedanken der Eigenentwicklung von Schulen, sondern er kostet sehr viel Lehrerarbeitszeit, ohne dass auch nur ansatzweise erkennbar wäre, woher die Ressourcen für praktische Umsetzungen der Ergebnisse kommen sollten.

Neue Regelungen für die Oberstufe und das Abitur **Belegverpflichtungen erhöht – Abiturprüfung erhält mehr Gewicht**

Die im April verabschiedeten neuen Verordnungen und Erlasse zur gymnasialen Oberstufe und zum Abitur sind für die Schüler/innen anzuwenden, die in diesem Schuljahr den 11. Jahrgang absolvieren, also im August 2007 in die Qualifikationsphase eingetreten. Was hat sich geändert?

Neue Regelungen zum Fachabitur positiv

In Zukunft können bei der Berechnung des schulischen Teils der Fachhochschulreife bei einer in der Einführungsphase neu beginnenden Fremdsprache bereits die ersten beiden Schulhalbjahresergebnisse aus der Qualifikationsphase eingebracht werden. Bisher mussten es die Ergebnisse aus dem 3. und 4. Schulhalbjahr sein. Diese Regelung bringt Vorteile für die Schüler/innen, die bereits im ersten Jahr der Qualifikationsphase einen höheren Bildungsabschluss anstreben. Positiv ist auch, dass im Fach Musik in der schriftlichen Abiturprüfung fachpraktische Prüfungsteile zugelassen werden.

Statt 32 Schulhalbjahresergebnisse, also Kursnoten aus den Schuljahren 12 und 13, müssen in Zukunft 36 Ergebnisse in die Gesamtqualifikation für die Berechnung des Abiturergebnisses eingebracht werden. Die ursprünglichen Entwürfe des Kultusministeriums sahen vor, dass darunter vier Kurse in Religion, Werte und Normen oder Philosophie und vier Kurse des neuen Seminarfachs sein sollten. Die Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler wären dadurch erheblich eingeschränkt worden. Zudem hätte diese Festlegung insbesondere die Fächer Erdkunde und Sport benachteiligt. Die Kritik der entsprechenden Fachverbände und der GEW an diesen Plänen ist bei der Neuregelung berücksichtigt worden. In der neuen Verordnung werden nicht alle der 36 einzubringenden Schulhalbjahresergebnisse festgelegt.

Belegverpflichtungen erhöht

Im Seminarfach sind zwei Ergebnisse einzubringen, darunter das Schulhalbjahr, in dem die Facharbeit geschrieben wird. Im Fächerbereich Religion/Werte und Normen/Philosophie bleibt es desgleichen bei zwei einzubringenden Halbjahresergebnissen, sofern Religion oder Philosophie nicht als Prüfungsfach gewählt wurde. Diese Regelung ermöglicht es, dass das Fach Erdkunde und auch Wahlfächer wie Wirtschaftslehre oder Pädagogik und das Fach Sport weiterhin Prüfungsfächer sein können. Die Stellung des Faches Darstellendes Spiel wird in der Neufassung nicht geändert. Darstellendes Spiel könnte als mündliches Prüfungsfach nur ein-

Dem zugrunde liegenden Konzept kann man nur zustimmen, aber wieder einmal stimmen die Gesamtzusammenhänge, in die das Konzept am Gymnasium eingebunden ist, nicht.

⁷ Gegen viele Inhalte der Reformansätze ließe sich, wenn sie denn von Kultusministerien systematisiert und Ressourcen orientiert geplant würden, nichts einwenden. Die gegenwärtigen Gesamtbedingungen haben aber zur Folge, dass die Reformen in den Schulen im Kern auf der Ebene der Zielvereinbarungen oder des Programmatischen stecken bleiben

⁸ Was hätten Lehrer gewünscht von PISA? Zunächst einmal eine Bestandsaufnahme der Situation. Runde Tische, offenen Diskussionen. Mit Schülern, Eltern, Lehrern, Wissenschaftlern, Vertretern der Industrie, des Handwerks, der Arbeitnehmer und der Kirchen und Vertretern der Eingewanderten. In diesen Foren hätten Vorstellungen entwickelt werden können, die in Modellversuchen erprobt werden müssten, um sie dann langfristig flächendeckend umzusetzen. Hier wäre es dann auch sinnvoll zu evaluieren („TÜV“).

⁹ Gegen die Entwicklung neuer Steuerungs- und Organisationsmöglichkeiten von Schulen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Auch Outputsteuerung kann vermutlich in Maßen sinnvoll sein. Dies setzt aber eine langfristige und realitätsnahe Planung voraus, die grundsätzlich traditionelle Organisationsformen von Schule in Frage stellt und für die Formulierung und Orientierung an zu erreichenden (Mindest-)Standards überhaupt erst einmal die Diskussion eröffnet, um den ursprünglichen sinnvollen Ansatz zu erfassen. Statt dessen erleben wir im Kern (zu schnell gestrickt!) die Konservierung traditionellen Organisationsdenkens und mengenmäßiges Festschreiben von Zielen des Lernens, verpackt in einer sprachlichen Amalgamierung fortschrittlicher Konzepte und Teilumsetzungen, die im Gesamtsystem eher kontraproduktiv wirken.

¹⁰ Die gymnasiale Schulreform in Niedersachsen in der derzeitigen Form unterstützt eben nicht eine Schule, die qualifizierte, kreative, demokratische und selbstbewusste Schüler hervorbringt, sondern sie führt durch die insgesamt engen Vorgaben eher zu einer Frontalpauschschule, kognitiv überfrachtet. Hierzu steht gewissermaßen im Gegensatz der Versuch, gleichzeitig Klipperts Methodenorientierung einzuführen, dessen Ansatz des Lernens aber veränderte Rahmenbedingungen und veränderte innere Strukturen voraussetzt.

geführt werden, wenn das Land Niedersachsen die von der KMK verabschiedeten Einheitlichen Prüfungsanforderungen für das Abitur per Erlass übernehmen würde.

Auch das bei den Schülerinnen und Schülern sehr beliebte Fach Werte und Normen kann in Niedersachsen nach wie vor kein Prüfungsfach im Abitur sein, da das Kultusministerium dafür noch immer keine Einheitlichen Prüfungsanforderungen vorgelegt hat. Hier sind dringend politische Entscheidungen zu fällen, damit möglichst schnell beide Fächer auch als Prüfungsfächer zur Wahl stehen.

Schwerwiegende und gehäufte Verstöße gegen die Sprachrichtigkeit in der deutschen Sprache oder die äußere Form müssen beim zukünftigen 12. Jahrgang schon in allen Klausuren in der Qualifikationsphase mit einem Punktabzug von einem oder zwei Bewertungspunkten geahndet werden. Bisher galt diese Vorschrift nur in der schriftlichen Abiturprüfung.

Abiturprüfung bekommt mehr Gewicht

Die neue Abiturprüfungsverordnung stellt die Berechnung der Gesamtqualifikation zur Ermittlung des Abiturergebnisses um. In Zukunft wird nur noch zwischen Block I (bestimmte Kursnoten aus 12 und 13) und Block II (Ergebnisse der Abiturprüfung) unterschieden. Früher gab es drei Blöcke. Die geplante Regelung ist übersichtlicher als die alte Regelung, sie erhöht aber das Gewicht der punktuellen Leistungen während des Abiturs im Vergleich zu den eher kontinuierlich während der zwei Jahre der Qualifikationsphase zu erbringenden Leistungen von gut einem Fünftel auf ein Drittel. In der Anhörung hatte die GEW diese Regelung deswegen abgelehnt. Die neue Verordnung verringert die Zahl der möglichen sogenannten Unterkurse (Kurse mit 04 oder weniger Punkten) in den Blöcken I und II. Nach den noch für den Schuljahrgang 13 geltenden Regelungen müssen in Block I ca. 81 Prozent der Kursnoten „überm Strich“ liegen, in Block II die Hälfte. Bei den Schülern/innen des jetzigen Jahrgangs 12 müssen es ca. 85 bzw. 62 Prozent sein – eine spürbare Verschärfung. hs

Die entsprechenden Vorschriften findet man in der Volltextversion auf der Homepage des MK unter www.mk.niedersachsen.de > Themen > Unsere Schulen > Allgemein bildende Schulen > Gymnasium > Abiturprüfung, eine Zusammenstellung der wichtigsten Änderungen der Verordnung vom April 2007 auf der Website der GEW unter www.gew-nds.de/gym/sekII.php

Für jeden Jahrgang eine besondere Verordnung...

Na prima, seit Anfang August gilt schon wieder eine neue Oberstufen- und Abiturprüfungsverordnung... Also genau genommen gelten dann ja zwei. Die neue Verordnung für den elften und zwölften Jahrgang und die alte vom Februar 2005 für den dreizehnten. Na ja, und für die Schüler/innen, die den letzten Jahrgang wiederholen müssen, gibt es natürlich noch die Vorschriften aus dem Jahr 2002... Alles klar!?

Da kommt nicht nur bei den Kollegen/innen Freude auf, die in den Gymnasien und den Gesamt- und Berufsschulen als Tutoren/innen arbeiten. Auch die Schüler/innen und ihre Eltern haben Schwierigkeiten bei der Orientierung. Immerhin umfassen die jeweils zwei Verordnungen und Erlasse, die in Niedersachsen Oberstufenunterricht und Abitur regeln, locker 120 Seiten. Und sie haben so schön schlanke Namen: „Ergänzende Bestimmungen zur Verordnung über die Abschlüsse in der gymnasialen Oberstufe, im Fachgymnasium, im Abendgymnasium und im Kolleg (EB-AVO-GOFAK)“ Nur mal so als Beispiel... Zugegeben, das mögen Äußerlichkeiten sein.

Außerdem: Wir haben auch überhaupt nichts gegen Änderungen, wenn es denn nur voranginge in Richtung Qualitätsentwicklung und Erhöhung der Bildungsbeteiligung.

Aber nichts davon!

In Niedersachsen sind und waren in den letzten Jahren alle Änderungen in Sachen Sek II und Abitur zügige Rückschritte in Richtung Sechziger Jahre: Die Gleichwertigkeit der Fächer ist abgeschafft. Die Wahlmöglichkeiten der Schüler/innen wird immer mehr eingeschränkt. Die Auflagen und die Belastungen steigen. Nach zwei Durchgängen Zentralabitur sind sich viele Kolleginnen und Kollegen einig: Das Niveau wird flacher. Aber Minister Busemann will wissen, dass die „Qualität des vorangehenden Unterrichts ... sich deutlich gesteigert“ habe. Woher weiß er das!?

Aber es kann noch schlimmer kommen.

Die Forderung nach einem bundesweiten Zentralabitur geisterte im Sommerloch durch die Presseerklärungen der Kultusminister. Ein ziemlich hohles Abitur-Ranking der Bundesländer wurde veröffentlicht. Außerdem solle das von der KMK festgelegte Unterrichtspensum für das achtjährige Gymnasium reduziert werden. Wenn Schüler/innen in der

Woche zu viele Stunden absolvieren müssten, könne ja am Sonnabend wieder Unterricht stattfinden, so Busemann in der BILD.

Niedersachsens Lieblingspartner in Sachen Bildungsrückschritt, Baden-Württemberg, denkt in Sachen Sek II noch weiter: Den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich will man so „entflechten“, dass Geschichte, Politik und Erdkunde wieder komplett Pflicht werden. Außerdem sollen zwei Naturwissenschaften für alle verbindlich sein, und zwar voll anrechnungspflichtig. In fünf Jahren soll als 6. Prüfungsfach im Abitur eine mündliche Kommunikationsprüfung in einer Fremdsprache eingeführt werden. Die Unterscheidung zwischen Kern-, Profil- und Neigungsfach wird abgeschafft.

Alles nachzulesen in einer Pressemitteilung von Ministerpräsident Oettinger und seinem Kultusminister Rau vom April 2007. Erster Satz dort: „Baden-Württemberg genießt mittlerweile bei der Gestaltung der gymnasialen Oberstufe den Ruf eines Vorreiters, an dem sich andere Bundesländer orientieren.“ Das ist durchaus zu befürchten.

Ziel Baden-Württembergs dürfte es zudem sein, die KMK dazu zu bewegen, die Aufteilung der Fächer in Aufgabenfelder abzuschaffen. Statt dessen ein verbindlicher Fächerkanon, bei dem alle belegten Fächer eingebracht werden müssen. So wie damals mit Haupt- und Nebenfächern. Wahlen und Schwerpunktsetzungen fallen dann (fast) ganz weg. Und man kann auch wieder schöne große Klassen bilden.

Hoffen Niedersachsens Kultusminister und seine Ratgeber vielleicht, dass eine stabile Schlichtversion á la Baden-Württemberg vielen Kolleginnen und Kollegen letztendlich lieber ist als jährlich neue Verordnungs- und Erlassänderungen!?

Wir sollten im Interesse der Schülerinnen und Schülern bei unseren Grundsätzen bleiben. Die Gewerkschaften fordern seit Jahren die Einführung moderner Lehr- und Lernmethoden für die Lernenden in der Oberstufe. Stumpfes Pflichtfachpauken im Doppelstundentakt bereitet einfach nicht vor auf Studieren, Arbeiten und Leben in einer Wissensgesellschaft. Die Hochschulen und auch große Teile der Wirtschaft wissen das!

Wir brauchen eine radikale Reform der Oberstufe, die den Schülerinnen und Schülern eine individuelle Schwerpunktsetzung ermöglicht, die generell das fächerübergreifende Lernen ausweitet und das eigenverantwortliche Lernen ins Zentrum stellt.

Henner Sauerland

Weitere Informationen zur Sek II unter www.gew-nds.de/gym/index.php



Neulich war der Inspektor da...

aus EuW 05/2007

Lehrerarbeitszeitkonto (LAZKO) – Regelungen zur Ausgleichsphase

Gemäß § 5 der Verordnung über die Arbeitszeit der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen (ArbZVO-Lehr) haben voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte bis zum Ende des Schuljahrs, in dem sie das 50. Lebensjahr vollenden, längstens für zehn Schuljahre, wöchentlich zwei zusätzliche Unterrichtsstunden zu erteilen (Ausnahme: Lehrkräfte mit mindestens 50 Prozent Behinderung).

Der Ausgleich beginnt in dem Schuljahr, das auf die Vollendung des 55. Lebensjahres folgt.

Für die Lehrkräfte am Gymnasium, die seit dem Schuljahr 2000/2001 an dieser Schulform unterrichten und bis zum Schuljahr 2010/2011 noch nicht ausgleichen konnten, beginnt die Ausgleichsphase mit dem Schuljahr 2011/2012.

Für die Lehrkräfte, die noch keine 55 Jahre alt sind, die aber im Schuljahr 1998/99 an einer Grund-, Haupt- oder Realschule, an einer Förderschule, Gesamtschule oder Orientierungsstufe unterrichtet und mit der Ansparphase begonnen und zehn Jahre lang angespart haben, beginnt die Ausgleichsphase bereits am 01.08.2009.

Was für die einzelnen Kollegen/innen zutrifft, geht aus der von den Schulen für jede Lehrkraft zu machenden Aufstellung über die angesparten Stunden hervor.

Der Regelfall ist, dass genau so abgebaut wird, wie vorher aufgebaut wurde.

In der Arbeitszeitverordnung ist allerdings geregelt, dass die Landes- schulbehörde (LSchB) auf Antrag eine davon abweichende Regelung genehmigen kann. Die Abweichung kann sich auf die Verteilung der Stunden, die Dauer oder den Beginn der Ausgleichsphase beziehen. Konkret kann dies z.B. bedeuten, dass man den Ausgleich aller angesammelten LAZKO-Stunden auch auf einmal, d.h. in einem einzigen von der Antragstellerin oder vom Antragsteller gewünschten Schuljahr beantragen kann. Dem Antrag an die LSchB sollte eine Begründung beigefügt werden und ist auf dem Dienstweg einzureichen. Bei der Entscheidung wird die Stellungnahme der Schule berücksichtigt, da dienstliche Gründe der gewünschten besonderen Regelung nicht entgegenstehen dürfen.

Altersermäßigung

Bis zum Schuljahr 2013/2014 erhalten Lehrkräfte eine Stunde Ermäßigung, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben (mit Beginn des darauf folgenden Halbjahres). Die Lehrkräfte mit mindestens 50 Prozent Behinderung gilt dies bereits nach Vollendung des 55. Lebensjahres.

Ab dem Schuljahr 2014/2015 erhalten Lehrkräfte eine Stunde Ermäßigung nach Vollendung des 55. Lebensjahres und zwei Stunden Ermäßigung nach Vollendung des 60. Lebensjahres. Lehrkräften mit Teilzeitbeschäftigung (mehr als zwei Stunden unter der Regelstundenzahl) wird die Altersermäßigung zur Hälfte gewährt.

Forum Gymnasium 2007

Prof. Dr. Matthias von Saldern
(Universität Lüneburg)

Schulqualität und Bildungsstandards –
Eine kritische Auseinandersetzung
mit der Qualitätsentwicklung
der Eigenverantwortlichen Schule

Dipl. Psych. Matthias Paulo
(Vorsitzender des Hauptpersonalrats)

Was heißt eigentlich Selbstevaluation von Schulen?
Wie macht man das (richtig)? Wie kann uns
der Orientierungsrahmen helfen? Wie ist die
Evaluation der Schulinspektion einzuordnen?

Dienstag, 27. November 2007
10.00 bis 16.00 Uhr
Freizeitheim Hannover Linden
Windheimstr. 4

Tagungsbeitrag inklusive Mittagessen:
7,50 € für GEW-Mitglieder, 20,- € für Nichtmitglieder

Anmeldungen bitte an:
GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover,
Telefon (0511) 33 80 4 - 42, Fax: (0511) 33 80 4-46,
Email: K.Fabian@GEW-Nds.de

„Baustelle Schule“ – Wie unsere Schule von morgen (heute!) aussehen könnte

Andreas Müller und seine Schule in Beatenberg (Schweiz)

Das Geschrei ist groß: „Unsere Schüler/innen können zu wenig“ - „Wir verlieren den internationalen Anschluss“ - „PISA zeigt: Es muss sich alles ändern“ - „Unsere Lehrer/innen sollen sich mehr Mühe geben“
Und wir erleben die derzeitigen Reformen: Unten kommt wenig an. Die Eigenverantwortliche Schule und der TÜV können nicht aus sich selbst heraus qualitativ verbesserte Lern- und Lehrformen schaffen. Dennoch gilt: Schule könnte besser sein, als sie ist. Die Unzufriedenheit ist groß.

Und es gibt sie bereits die neuen Schulen.

Das Institut Beatenberg hat schon vor Jahren den traditionellen Unterricht aufgegeben und setzt auf selbst organisiertes Lernen, individuelle Förderung, gezielte Arbeitsplanung und aktive Freizeitgestaltung. „Lernen steckt an“ meint Andreas Müller und schafft dafür optimale Rahmenbedingungen. Neben jedem Arbeitsplatz befindet sich ein Baustellenschild, das die angestrebten Lernziele und die Entwicklung der persönlichen Stärken und Schwächen sichtbar macht. Das herkömmliche Schulzimmer ist zugunsten großzügiger Lernphasen verschwunden. Gezielt wird in Niveaugruppen für das Basiswissen gearbeitet, und jede/r Schüler/in von einem persönlichem Coach begleitet.

Montag, 15. Oktober, 15.00 Uhr, bis Dienstag, 16. Oktober, 15.00 Uhr
Ev. Jugendhof Sachsenhain, Am Jugendhof 17, 27283 Verden

Andreas Müller, Direktor des Instituts Beatenberg, wird in einer Abendveranstaltung am Montag einen Überblick geben über seine Lernphilosophie und die Entwicklung seiner Schule. Am zweiten Tag wird er seine Vorstellungen und die Entwicklungen seiner Schule präzisieren, und es wird Gelegenheit sein, genauer nachzufragen und Transferüberlegungen anzustellen.

Am Montagnachmittag gibt es aktuelle Informationen zur Eigenverantwortlichen Schule, „Deregulierung“ usw.

Anmeldungen bitte an:
GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover,
Telefon: 0511-3380442, Email: K.Fabian@gew-nds.de
Für Nichtmitglieder beträgt die Gebühr 30 €

Aktuelle Informationen der GEW Fachgruppe Gymnasien unter www.gew-nds.de/gym